

Mitschrift Seminar der Linken 5.1.2017

Ort: Alte Münze Graz
Anwesend 20 – 25 Personen
Korrektur 1. 9.1.2018, Frie.

Vorab:

Für die Demo gegen Schwarz-Blau am 13.1. in Wien organisiert Aufbruch einen Bus.
Abfahrt 11:00 in Graz
Rückfahrt 19:00 in Wien
Kosten 20.- €
Start der Demo: 14:00 – Marsch ab 15:00

Referat Richard: Analyse des Regierungsprogramms

ÖVP versucht radikal neoliberal zu sein

FPÖ gibt sich als Law&Order-Partei.

Das Regierungsprogramm ist eine **Sammlung von Schlagworten und suggestiven Bildern.**

„... große Herausforderungen ... obwohl hoher Steuern wächst der Schuldenberg ...

Sozialsysteme in Schieflage ...“ usw. usw. - alles nicht falsch, aber keine tiefere

Ursachenaufzählung oder Konzept was wie geändert werden kann. Lediglich die allgemeine

Zuschreibung an die sozial schwachen, die Faulen, die Flüchtlinge die sich ins Sozialsystem

einschleichen wollen. Es wird behauptet, dass eine Abgabenquote von mehr als 40%

untragbar wäre. Man unterstellt, dass diese Gelder durch Sozialmissbrauch verschwinden.

Nicht nur, dass diese Unterstellung ungeheuerlich ist, was mit den 60% passiert, wird

überhaupt nicht thematisiert. Kein Wort, dass diese Zahlen eigentlich gar nichts sagen.

Wichtiger wäre was mit den Geldern passiert. Griechenland hatte eine geringere

Abgabenquote und die tiefste Krise; Dänemark hat eine höhere Abgabenquote und keine

Krise. Die Abgabenquote allein lässt keine direkten Rückschlüsse zu.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die sogenannten Lohnnebenkosten zu reduzieren –

es wird aber nicht gesagt, dass es eigentlich keine Lohnnebenkosten gibt. Es gibt nur Löhne,

von denen ein Betrag ausbezahlt wird und andere Beträge vom Arbeitgeber direkt an die

öffentlichen Stellen überwiesen wird.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist daher ein **direkter Lohnraub!**

Die Senkung dieser Beträge wird später bei den Sozialleistungen (Sozialversicherung,

Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung) fehlen.

Die Regierung bekennt sich nun zur EU ohne ein Wort der Kritik, Es erfolgt ein verbaler

Rückzug auf die Subsidiarität (wie bei Orban). Die Sprachformel „**goldplating**“ hält nun

auch bei den Regierenden in Österreich Einzug. Es ist damit eben gemeint, EU-konform zu

handeln, aber nur auf das geforderte Minimum beschränkt. Was das im Sozial- und

Umweltbereich bedeuten wird, wird sich erst herausstellen – es ist wie so vieles in dieser

Regierungserklärung nur ein in Österreich neues und damit hip-es Wort. Es soll damit die

„Übererfüllung“ geprüft und „zurückgedrängt“ werden (neoliberale Schlagworte der jungen

ÖVP). Man versucht damit, die Unternehmerinteressen – etwa in der Miete und in den

Gewinnmaximierungsstrategien zu stärken. Für die meisten Menschen bedeutet es:

Lohnverlust, Lebenskostensteigerung, Sparen, Verzicht.

Mehr Geld soll es vor allem für das Militär geben (1-2 Mrd; **Aufrüstung**) geben. Dies wird

mit dem Schlagwort „Investitionsrückstau“ begründet. Auch die Bildung soll besser dotiert

werden. Konkret wird Bildung – mit Deutschkursen, Kunst und Kultur – mit

Stadtentwicklung, Spitzensport, Digitalisierung genannt. Bei Kultur ist der direkte

Zusammenhang zur Vermarktung – Kultur nur als Touristenevent – zu sehen. Am Beispiel

der Digitalisierung ist die Unschärfe des Programms zu erkennen. Wenn nun auch die ländlichen Bereiche an ein ausgebautes digitales Netz angeschlossen werden so ist das gut. Wenn dafür aber Förderungsgelder der Landwirtschaft und des Grünraumschutz zugunsten von Telekommunikationskonzernen verwendet werden, so ist das weniger begrüßenswert. Vor allem was bleibt im System oder wird wieder zurückgebaut?

Schulen bleiben differenzierend; Gemeinsame Schule der 10 – 14 Jährigen ist ausgesetzt; das Notensystem wird wieder eingeführt. Das Prüfungs- und Segregationssystem in der Bildung wird weiter verschärft. Die UNIs werden weiter verschult; der Zugriff der Wirtschaft auf die Bildungsinstitute wird weiter geöffnet.

Bei allem, was den Konzernen zur *Gewinnsteigerung* nützt, wird nicht der sogenannte „Mitnahmeeffekt“ angeführt. Der wird nur genannt, wenn die Öffentlichkeit zahlen (Verluste abgelten) soll.

Das Thema Pensionen wird in seinen Problempunkten im Regierungsprogramm gemieden. Konkrete Umsetzungspunkte werden nicht genannt. Es wird auf das „Case-Management“ verwiesen – also wieder auf das Motto: Probieren wir und schauen wir – nur im Neu-Sprach-Sprech der jungen ÖVP gesagt. Es wird von Antritt nach 40 Dienstjahren oder 30 Dienstjahren zur vollen Pensionshöhe gesprochen. Die Pensionen sollen verstärkt durch ein 3 Säulenmodell aufgebracht werden (1 Teil Staat, 1 Teil Dienstgeber, 1 Teil privatversichert).

(Anm. Frie: Das Modell hat in der Vergangenheit in Österreich schon für die Versicherten schlecht funktioniert, weil die Privatversicherungen von den Versicherungsgesellschaften verzockt wurden, da die Löhne sinken die Anstellungen ab ca. 50 kaum mehr erfolgen, die Beschäftigungsverhältnisse durchgehend prekärer werden, ist mit einer Verelendung der Menschen in 20 Jahren zu rechnen). Dahinter steckt der neoliberale Wunsch, das Sozialversicherungssystem weiter privatisieren zu können – also Deregulierung des Pensionssektors.

Dagegen wird die Körperschaftssteuer gesenkt.

Die Arbeiterkammer ist eine der wenigen Institutionen, die sich aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert – daher will die Regierung gegen die Beitragsfinanzierung vorgehen – also die Arbeitervertretung weiter schwächen.

Auch das Arbeitsmarktmodell sieht aus wie eine Hartz IV Variante. Das AMS soll länger zuständig sein. Die Arbeitslosenleistung nähert sich dabei der Sozialleistung schrittweise an. Hinter dem Modell könnte stehen, dass das AMS die Sozialhilfe ablöst und die Erwerbsarbeitslosen dann in den Notstand mit Zugriff auf Rücklagen hinübergleiten. Durch das Ganze Programm zieht sich dieser Gedanke der Lohnkostendämpfung bei gleichzeitig steigenden Zwang und steigender Kontrolle der Menschen, sich diesem Diktat zu fügen. Ziel ist nicht Vollbeschäftigung sondern Disziplinierung, Schulung usw.

Das ganze Regierungsprogramm ist „hinterfotzig“, weil: Die Auswirkungen sind nicht klar ersichtlich, sie müssen errahnt werden und können so nicht zu ernsthafter Kritik verwendet werden. Die Auswirkungen von Maßnahmen werden ausgelagert vor allem bei Problemen: Schuld sind Ausländer, Arbeitslose, kommende Pensionisten usw.

Das Regierungsprogramm zielt auf eine Entsolidarisierung ab: Jung gegen Alt, Arbeiter gegen Arbeitslose, Inländer gegen Ausländer.

Reaktionen aus der Diskussion:

C: Aufklärung, dass Löhne brutto sind, ist notwendig.

Die Lohnnebenkosten speisen die Sozialtöpfe, die wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Auswirkungen werden vermutlich erst nach der jetzigen Regierungsperiode voll bemerkbar werden – dann gibt es das große Erwachen.

M: Es hat auch schon Lohnnebenkostensenkungen in der Vergangenheit gegeben – die haben sich aber nie zum Vorteil der Lohnarbeiter ausgewirkt.

WH: Das Programm hat schwammige Formulierungen – ist mehr ein Nebelvorhang.

Geplant ist ein Umbau des Staates (siehe auch Umbau Polizei und Militär).

Die Komponenten des Sozialstaates sollen weiter privatisiert werden – zumindest die Teile, die Profit versprechen (Versicherungen, Krankenhäuser, AUVA – da geht es um jede Menge Geld > 3 Mrd die für die zu holen sind).

Es ist geplant die Notstandshilfe zu streichen – unklar – wird dann anders genannt.

Jedenfalls: Jetzt 1 Jahr Anspruch auf Arbeitslose (55% des Lohns) – dann Notsand (92% der Arbeitslose) zeitlich unbegrenzt. Das soll abgeschafft werden. 86 000 könnten zusätzlich beim Fallen der Notstandshilfe in die Armutsfalle kommen -> Mindestsicherung; aber die ist eine Verschlechterung und es ist ein Zugriff auf das Vermögen möglich.

C: Die Tragweite der Regierungsmaßnahmen geht über das hinaus, was im Programm steht: Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt sich China als Referenz. Das ist ein strategisches Projekt, die Leute zu zwingen, jeden Job anzunehmen.

Aufklärung der Menschen wäre nötig. Leider machen auch die Sozialdemokraten bei der gleichen Sch.. mit.

Wir müssten versuchen, eine Gegenbegrifflichkeit zu finden.

Das Ganze hat eine strategische Komponente: Europaweit, ja Weltweit.

Die Regierung wird nun offen Rechtsradikal. Die Menschen zählen nichts mehr, wenn sie nicht Kapitaleigner sind. Dies ist eine Form von Rassismus. Die Haltung, dass nur die sogenannten Leistungsträger (also die, die über Kapital verfügen) ein Recht auf menschenwürdiges Leben haben, ist klar im Geiste der Herrenrassenidee der Nazis.

K: Zur Zeit fehlt der Linken die Zeit, wirklich aktiv zu werden. Es wird analysiert – aber wir würden etwas brauchen, das wir an die Presse geben können – irgendwas konkretes, damit die Positionen eine Sichtbarkeit bekommen. Es nützt nichts, über die Zukunft zu spekulieren, wenn das Jetzt Handlungen erfordern würde.

H: Konkret: Am 13.1. Demo in Wien. D.h. Klipp und klar zu sagen, das ist nun der 1. Schritt – und nicht: Abwarten ob es wirklich so oder so kommt – dann ist es zu spät. Aber leider hat der ÖGB offiziell beschlossen, nicht an der Demo teilzunehmen. Die Demo am 13.1. soll wo breit wie möglich sein. Es muss aber diesmal Folgestrukturen, Nachbesprechungen usw. geben, damit die Wirksamkeit erhöht wird. Bei der letzten Blau-Schwarzen Regierung hat es zuletzt bis zu 15 000 Leute jeden Donnerstag auf der Straße gegeben – aber es hat keine organisatorischen Auffangstrukturen gegeben – damit ist die Wirkung geschwächt worden. Das Regierungsprogramm ist bewusst schwammig um dann nach Bedarf in die Themenbereiche einzusteigen; etwa, wenn es gelingt die Arbeiterkammerbeiträge zu senken – die weiteren Maßnahmen zur Marginalisierung der Institution durchzuführen.

C: Das Regierungsprogramm ist zur Zeit ein Schönreden, weil es in nächster Zeit noch 4 Landtagswahlen gibt.

A: Protest wäre nötig. Es gibt im AMMSG (Arbeitsmarkt-Service-Gesetz) sogar Paragraphen, die die Vollbeschäftigung fordern; aber nun geht auch Kopf wieder in die Qualifikation anstatt in die Beschäftigung; und sagt, die Aktion 20 000 ist nichts. Die Aktion 8 000 in der Vergangenheit war aber sehr wohl wirksam. D.h.: das AMMSG müsste nur umgesetzt werden. Warum macht die Gewerkschaft das nicht? Nun: Sie fühlen sich nur für die Mitglieder zuständig – und das sind die Menschen, die Arbeit haben. Das sogenannte „Zukunftsbudget 2017-2019“ ist beim ÖGB unbekannt. Da steht etwa, dass durch Vermögens- Börsen- und Ökosteuern zusammen mit der Verhinderung 10 Mrd € gewonnen werden könnten, das 176 000 Arbeitsplätze bedeuten würde.

M: (Korr1, Frie) Es kann nicht bloß gegen Schwarz-Blau gehen sondern gegen den Kapitalismus und Neoliberalismus im Allgemeinen; gegen das Untertanentum. Wenn Rot-Schwarz-Blau regieren passiert in etwa die gleiche Sch... In Wien ist Rot-Grün am Regieren und die machen auch eine repressive Politik gegen Arme. Die Sozialdemokratie ist auch neoliberal. Wir könnten schon längst einen 25Std. Woche haben – aber die Sozialdemokraten bleiben im bestehenden Wirtschaftskonzept. Aus Sicht der Aktiven Arbeitslosen ist es keine Alternative nur wieder zurück in das glückliche sozialdemokratisch

ausstaffierte Lohnsklaventum zu gehen. Auch bei der Demo: Da müssen die Proteste von unten kommen – nicht von oben.

A: Achtung: Bei „Vollbeschäftigung“ geht es um eine faire Verteilung der Arbeit – nicht um Ausbeutung. Der Unterschied Quantität zu Qualität bei AMS-Maßnahmen ist der, dass bei Quantitativen Zielen (Stichwort Vollbeschäftigung) viele Lohnarbeit bekommen, während bei quantitativen Maßnahmen die Menschen auf Schulung geschickt werden (siehe Stiftung Magna, WAFF).

D: Die protestantische Arbeitsideologie ist generell kritisierenswert aber die Verschärfung der dieser Ideologie durch die FPÖ z. Zt. schon einen neue Qualität. Wir sollten aber trotzdem die Forderung nach einer Lohnuntergrenze erheben – und: Es gibt gewerkschaftliche Eigeninteressen, deren Verteidigung wir vom ÖGB einfordern sollten. Es sollte also keine abstrakte Demo gegen die Regierung gemacht werden, sondern Demos mit konkreten Forderungen, die auch der ÖGB mittragen kann. Also **themenzentrierte Demos**, an die sich die Gewerkschaft anschließen muss (Arbeitszeit, AK-Umlagen, Interessenvertretungen). Auch Betriebsräte und ÖH aufrufen, ihre Aufgaben zu verteidigen. Also: Die **Interessenvertretungen an einen Tisch bekommen** und dann konkrete Programme interessenspezifisch erarbeiten.

Zum offensiv sein: Cannabisfreigabe in der Medizin, Kinderunterhalt usw. die könnten ev. auch mit Liste Pilz kampagnisiert werden.

WH: Auch wenn da in der Regierung Parteien sitzen, die von den Menschen gewählt wurden. Die Menschen sind auf die Parteien hereingefallen. Die Parteien haben eigentlich ein Minderheitenprogramm. Wichtig ist: Was betrifft das allgemeine Leben. Etwa Entmachtung der ÖH, Studiengebühren, AK-Beitragsreduktion (von 0,5% auf 0,3% der Lohnsumme – das bedeutet eine Halbierung des AK Personals; Verlust von Beratung und Verbraucherschutz).

Treffsicherheit: Was heißt das im Verhältnis zu Kreisky? Der Sozialstaat soll auch die Qualität haben, dass er auch für die Mittelschicht interessant ist. Die konservativen Programme zielen nun auf Armenversorgung – **Suppenküchen-Niveau**. Es erfolgt nun der Rückbau des modernen Sozialstaats; lukrative Felder sollen unter dem Stichwort „Entbürokratisierung“ und „Deregulierung“ der Finanzspekulation geöffnet werden. Es herrscht **reaktionäre Ideologie** mit massiven Druck auf die Frauenbewegung.

H: Es muss die Möglichkeit und die Machbarkeit von Einfluss gefordert werden – siehe Mur: Spekulanten ignorieren einfach breite Proteste und Willenserklärungen. Es fehlt alternativen Gruppen der Medienzugang, der über die Darstellung der berechtigten Interessen als Querulantentum hinausgeht.

Wie kann man auf breiter Ebene Entwicklungen nachzeichnen?

Wie kann man die anonymen Kräfte, die am Werk sind, sichtbar machen?

Prüfen und Vermeiden von Egoismen (=strukturelle Eigeninteressen)

W1: Nun gibt es eine neue Qualität in der Regierung: **ÖVP: Buberlpartei** (wie vormals Haider); **FPÖ: Burschenschaftspartie**.

Referat Christian: Linkspopulismus und Nationalstaat

Immer mehr Wähler positionieren sich ökonomisch links aber politisch rechts (Aussage Fleckers in der Vergangenheit: „die Linke kann sich mit der FPÖ um Stimmen streiten“). Also die Frage: Wie können die, die aus Protest FPÖ wählen auch politisch nach Links geholt werden? Oskar Lafontaine hat eine bürgerliche Linke gegründet – neuer Linkspopulismus. Dieser Vorgang hat historische Vorläufer in den 1935er Jahren (Volksfrontstrategie). Die Forderung nach selbstbestimmten Österreich mit Protest gegen die Österreichische Regierung und auch gegen die EU, die die Selbstbestimmung schmälert ist ev. auch im Sinne der Linken. Großbritannien könnte Wiederverstaatlichung betreiben, weil es nach einem EU-Austritt nicht mehr an Maastricht-Verträge gebunden wäre. Die Anti-EU Kampagne (Europa der Nationen) wird aber gezielt von Putin gesponsert. Also: National ist nicht nationalistisch. Der Populismus hat immer die Gefahr der Verkürzung und Ausblendung der Grundlagen.

Anm.: Das Referat wurde relativ rasch vorgelesen; obige Mitschrift stellen nur Themen-Stichworte dar.

Diskussionsbeiträge:

H: 3 Klarstellungen: 1.) Rechts ist nicht progressiv; da kann man sich nicht sozial geben; 2.) Es fehlt der Linken das Empfinden zwischen „populär“ und „populistisch“. Populär ist verständlicher Gebrauch von Sprache; populistisch ist eine Inhaltliche Vereinfachung. 3.) Die neoliberale Offensive und das Einschwenken der Arbeiterbewegung auf das Neoliberale (Volksfrontpolitik) war ein totaler Flopp. Auch in Österreich: ÖVP, KPÖ, SPÖ gemeinsam für ein Österreich – hat sich also der Wirtschaft total untergeordnet.

WH: Zu Pilz: Die Grünen haben die Wähler nicht an Pilz verloren, sondern an die SPÖ und an Nichtwähler. Sie haben nur 1/4 der Wähler aktivieren können. Pilz hat seine Stimmen zu 1/3 von den Grünen, zu 1/3 von SPÖ und Neos und zu 1/3 von BZÖ, FPÖ und Strohach. Aber: Man kann so das System ohnedies nicht ändern; nicht durch Delegation sondern nur durch Eigenaktivitäten.

Es fehlt das gemeinsame Narrativ.

D: Jean Luc Melangeon zeigt, dass die Sozialdemokratie auch in Frankreich am Ende ist – aber auch die radikale Linke. Die starke Fokussierung auf Führer; man fokussiert sich auf Politischen. Die Phase der Arbeiterbewegung (v. 1917) ist am Ende – weil die Netze zerstört sind. Wie kann man diese Netze wiederherstellen? (Antikapitalistische Arbeiterbewegung)

E: Die EU-Kritik ist zerbröckelt. Zentral ist eine EU-Kritik. Der Nationalstaat ist der Ansprechpunkt für die bürgerlichen Belange. Durch die EU ist ein Rückschritt hinter den bürgerlichen Nationalstaat erfolgt. Das ist kein Nationalismus, sondern eine Ordnung der Ansprechstellen. Gerade die Grünen haben hier großen Schaden angerichtet.

W: Die pluralistische Gesellschaft wird von der Linken – innerhalb der linken Bewegung – nicht getragen. Da streben die meisten noch nach ideologischer Hegemonie. Vorhandene Aktionspotential wird von den Linken selbst gebremst, wenn es von einer anderen Ideologie getragen wird. Gleichzeitig kann die Linke den Menschen materiell aufgrund eines Mangels an Mittel nicht wirklich helfen. Die Akzeptanz der menschlichen Probleme ist nicht im Fokus der Linken. Damit können die Menschen nicht erreicht werden.

?: Wir leben in einem Nationalstaat, der über Jahrhunderte entstanden ist. Innerhalb dieser nationalen Grenzen können wir Umverteilung machen, „Fairteilung“, Solidarität leben.

K: Die Vielfältigkeit soll Bestand behalten, das schafft Buntheit, Ideen, Breite und begrenzt so die Gefahr des Faschismus. Gemeinsame Ziele sollten über partielle Differenzen hinweghelfen.

H: Ja! Die Strukturen der Arbeiterbewegung sind aufgelöst. Aber: Bei der 1. Schwarz-Blauen Regierung hat der ÖGB fast einen Generalstreik geschafft. Zu meinen, das sei alles Tot, das ist ein Irrtum; siehe auch 2015 die Flüchtlingspolitik ... Es sind zwar nicht „die guten alten Zeiten“, aber dass da nichts war, das stimmt nicht. Auch zu „gemeinsamen Narrativ“: Da hat es 2015 die ungeheure Solidarität gegeben; auch das sind Anknüpfungspunkte. Zu „Nationalstaat“: Da ist nicht gemeint: abschaffen – sondern Selbstverwaltung. Das Flüchtlingsproblem ist ja ein dringendes. Weltweit gibt es 60 Millionen Flüchtlinge. Dieses Problem kann demokratisch nur internationalistisch gelöst werden. Die alte KP-Losung „für ein freies demokratisches Österreich“, die geht am Problem vorbei.

Impulsreferat Hermann: Die internationale Perspektive

Was wurde international gemacht? Fast nichts! Der Internationalismus liegt (auch) am Boden. Nach dem 2. WK hatte das Kapital genug Kapitalverwertungsmöglichkeiten gehabt – und die KP in den Regierungen hat mehrfach Revolutionen verhindert. Kinzl hat damals sogar gemeint, wir leben schon fast im Sozialismus. In den 1970er Jahren kam dann die neoliberale Offensive. Die Ursache war eine strukturelle Krise der Gewinne, der tendenzielle Fall der Profitrate. Es war die erste Krise des Kapitals nach 1945. Die Sozialdemokraten etwa Schröder und Blair sind auf das neoliberale Konzept eingeschwenkt. Auch in Italien: Die „Re-fondatore“ ist in der Regierung voll eingeschwenkt, sogar durch Zustimmung zu Militäreinsatz. Auch Griechenland: 62% der Bevölkerung haben gegen die Austeritätspolitik gestimmt; **trotzdem** hat Syriza den **Austeritätspakt** unterschrieben. Die traditionellen linken Führungen hatten dem nichts entgegenzusetzen. Die Folge: Die Leute traten aus der Sozialdemokratie aus, gehen nicht mehr zur Wahl. Es gibt in der Ökonomie noch **Neo-Keynesianer**: Schulmeister, Stiglitz, auch ATTAC – aber man hört nicht auf sie. Das Kapital ignoriert das. Also: International ist der neoliberale Weg durchgedrückt. Nur kleine Gruppen sind propagandistisch dagegen. Die großen Gruppen gibt es nicht mehr: Vor Irakkrieg waren mehr als 1 Million Menschen im Sozialforum – auch die Gewerkschaften. Aber nach 2005 haben sich die „big Players“ aus dem Europäischen Sozialforum zurückgezogen. Die tonangebenden Macher wissen dabei genau was sie wollen: **Arbeitskraft verbilligen, Gewinne steigern, Gewerkschaften zerschlagen**. Das entspricht genau den Interessen des Großkapitals und das ist kein Zufall! Die Massenarbeitslosigkeit, die wird nicht verschwinden. Allein heute in der EU gibt es 20 Millionen Arbeitslose. Ein Rückgang im 1stelligen Prozentbereich ändert daran nichts. Es bräuchte internationale Kooperation um das Problem zu lösen. Auch ein bisschen Neo-Keynesianismus ändert daran nichts. Was gebraucht wird, ist ein breiter, ernstgemeinter Internationalismus.

Die Menschen wären dazu bereit, wie die Solidaritätsaktionen in der Flüchtlingskrise gezeigt haben: 40 000, 60 000 Menschen bei den Demonstrationen; 150 000 beim Rock-Konzert in Wien. Das hat auch dazu geführt, dass die SPÖ sich in Wien noch gegen die FPÖ halten können. Anstatt diese Solidaritätsaktionen weiter zu führen, hat die Politik (auch die Sozialdemokratie) auf Mauern gesetzt. Anstatt die Bewegung international zu bündeln, hat man das Gegenteil gemacht. Gleich ist es bei Griechenland gegangen. Griechenland hätte begonnen, aus der neoliberalen Diktatur auszubrechen. Aber auch das ist stecken geblieben. Selbst die Unterschrift der Gewerkschaftsführung (in Österreich) unter die Solidaritätsdepesche wurde nicht einmal in der Presse, nicht einmal gewerkschafts-intern, publiziert.

Die Chancen waren da – aber man hat sie nicht genutzt.

Wo sind nun die Ansatzpunkte? Wo ist der organisatorische Verdichtungspol? Wer da was macht, wäre gleichgültig – Hauptsache es wird etwas gemacht. Auch das EU-Sozialforum ist am Boden. Es hat Versuche gegeben, von KP, Rosaluxenburg-Stiftung usw. einen „Alter Summit“ zu machen. Die österreichische Delegation war mit 25 Personen beim Treffen. Nicht einmal die KP hat teilgenommen. Es war in Athen ein Stadion gemietet, es sind aber nur 900 Leute gekommen. Man hat dann Analysen gemacht – aber es kam nicht zu gemeinsamen Aktionen. Man hat es nicht geschafft, 1 oder 2 Achsen zu bilden und die durchzusetzen. Daher wurde in Montreal beschlossen das Netzwerk „Assembly of Resistances“ zu bilden, mit dem Schwerpunkt auf Aktionen. Nächstes Treffen am 2.-4. März in Budapest. Das wäre eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich international zu vernetzen. Auch beim WSF-Treffen in Salvador de Bahia (Brasilien) vom 13. - 17. März. Da wird auch der Schwerpunkt bei den 60 Millionen Flüchtlingen weltweit sein; und auch das Thema des „Ende des linken Zyklus in Lateinamerika“. Auch da wird Assembly of Resistances

vertreten sein.

Diskussionsbeiträge:

W: Mir haben die Themen: Atomkraftwerke – 100 KM Atomkraftwerkfreie Zone um Österreich; atombombenfreies Europa, EZB – Geldpolitik und Steueroasen und die Probleme der grenzüberschreitenden Umweltzerstörung (etwa Mur) – vor allem als Aktionsthemen – gefehlt. Ebenso die Frage der EU-Gewerkschaft und der Druck auf die EU endlich die Sozialpolitik (EU-weites Grundeinkommen?).

?: Frage: Warum ist WSF, Alter Summit nicht aktiviert? Antwort: Die europäische Sozialdemokratie ist eben schon ein Teil des herrschenden Blocks. Der Neoliberalismus hat sich institutionalisiert.

WH: Sonntagsreden(von Politikern) und Realität klaffen extrem auseinander. Das Kapital fordert: Schulden müssen bezahlt werden, koste es was es wolle. Auch wenn – wie in Griechenland – der Sozialstaat zerstört wird. Diese Zerstörung erfolgt auch, wenn keine Schulden als Argument genutzt werden: Deutschland Hartz IV. Hartz IV hat dazu beigetragen, dass sich die Sozialdemokratie gespalten hat. Das gibt es so in Österreich nicht. Aber: Der jetzige Crash-Kurs der Regierung wird Auswirkungen auf die sozialdemokratischen Strukturen haben. Bei den Grünen war zu sehen, wozu eine Anbiederungskultur führt. Die wollte sich den jeweiligen Strömungen anschließen – und haben die Wähler verloren. Der Sozialdemokratie könnte es gleich gehen. Die Gewerkschaft droht, um ihre Verhandlungspositionen zu stärken, aber nicht um Veränderungen zu bewirken. Es kann dabei nicht von „Verrat“ gesprochen werden. Verrat war 1918 gegeben. Otto Bauer hat die Revolution in Österreich verraten, um die Getreidelieferungen aus Frankreich nicht zu gefährden. Jetzt ist in der Sozialdemokratie aber ein langer Prozess der Erosion im Gange – und der hat Rückwirkungen auf die Proleten. Aber: In Österreich ist die Sozialdemokratie zwar verbürgerlicht, aber noch keine bürgerliche Partei. Aktuell plakatiert die SP, dass sie gegen den Sozialabbau ist, da kann man sie beim Wort nehmen.

M: Den **kleinen Bewegungen in Österreich fehlen die Delegierten** für die internationalen Treffen. Leute, die nicht teilnehmen können, werden dort nicht vertreten. Hier ist eine Vernetzung notwendig.

W2: Es gibt noch ein **Grundvertrauen** in die bürgerlichen Strukturen (etwa in die **Menschenrechte**). Dieses Vertrauen **verdreht uns den Kopf**. Wie „menschenrechtskonform“ sind denn die Punkte des Regierungsprogramms? Bei Flüchtlingen das ist zumindest das Menschenrecht im Diskurs – bei **Arbeitslosen nicht mehr!**

WH: Jeder Widerstand wird erst wirksam, wenn Solidarität wirkt.

Impulsvortrag Wilfried: Situation in Österreich

Was hat die Regierung vor? 1.) Schwächung der Institutionen; 2.) Sozialstaat umorganisieren auf Profitinteressen (Pensionen, Gesundheit, Sozialsystem).

Es geht um ein anderes Gesellschaftsmodell. Soll die Gesellschaft für die Mittelschicht lebbar sein oder sollen die unteren Schichten vegetieren? Also: Gemeinsame Vorsorge – etwa Pflege – das soll umorganisiert werden; die **Pension auf ein 3 Säulenmodell**

umgestellt werden – alles mit Vernebelung der Fakten (siehe auch Deutschland: die **Einsparung war 1% aber die Pensionen sanken auf die Hälfte** – durch Werbung, Risikozuschläge, Gewinne usw.; die Versicherungen klaben sich die Rosinen heraus).

Beschlossen sind etwa schon gewaltige Aufrüstungen bei Polizei und Militär (etwa 1 Mrd); Steuerreform der Gutverdiener. Es sollen die Leute gegeneinander ausgespielt werden – und vor allem: mehr Druck auf die Lohnarbeiter. Es gibt ja nichts großes mehr zu Privatisieren – also muss der Sozialstaat privatisiert werden. Z.B. bei den Zahlungen für Kinder im Ausland: Da geht es nicht um die Masse, sondern um die Argumentationsbasis.

Die Konzerne wollen sich an den **Kosten der Gemeinschaft** (Verkehr, Sozialversicherung usw.) nicht beteiligen. Diesem **Kotzprogramm** schließt sich auch die SP an. Damals bei Schüssel I hat 2 Jahre nach Regierungsantritt die FPÖ 60% der Wähler verloren. Die FPÖ hat damals alles mitbeschlossen, was die ÖVP wollte. Die Leute, die geglaubt haben, dass das die „soziale Heimatpartei“ wäre, die waren total enttäuscht. Das läuft immer gleich. Unser Fokus sollte weg von den Kasperln (Kuz, Kern, Strache) hin zu den Betroffenen gerichtet sein: **we all are under attack!**

Wer zuerst betroffen ist, ist eine reine Zeitfrage. Das partielle Denken bringt uns nicht weiter! Ja! Die Studenten werden protestieren – aber das wird im Sand verlaufen. 62% haben FPÖ+ÖVP+Neos -> **so schlimm war es noch nie** (nach dem 2. WK)! Die Einsparungen von 12 Mrd. werden die Leute spüren, daher will die Regierung das Vorgehen sofort gesetzlich absichern – auch in der Verfassung, damit auch dann, wenn sie nicht mehr regieren, die neoliberale Struktur erhalten bleibt. Dass sie wenig Zeit haben, das wissen sie. Darum werden die nun versuchen, die neoliberalen Grausamkeiten so gut es geht unkenntlich zu machen, um den Zeitpunkt ihrer Abwahl möglichst hinauszuschieben. Sie werden versuchen Schuldenbremsen in die Verfassung aufzunehmen, und sie werden versuchen, den Meinungsumschwung durch Einschränkung der Informationsfreiheit zu verzögern. **Unsere Chancen liegen nicht mehr im Parlament und nicht mehr bei den Medien.** Die Grünen haben auf Parlamentarismus gesetzt und verloren. Auch die Sozialdemokratie versucht möglichst wenig systemverändernd zu wirken.

Die Chancen liegen bei uns selbst. Nach Aktionen die Erfahrungen auswerten um sich zu stabilisieren und Rückhalt zu geben. Aber auch: Widerstand so, dass er verstanden wird; Handwerk der Kommunikation verknüpft mit der Analyse.

Diskussionsbeiträge

D: Macron in Frankreich trifft nun Verordnungen ohne Gesetzesverabschiedung. Er hat es geschafft, die Sozialpartnerschaft zu zerschlagen und auf 700 Branchen zu verteilen. Das Aufgabenfeld der 700 Branchen ist nun Betriebsebene verschoben - und **Macron trifft sich mit Kurz**, der ein ähnliches Konzept auch rasch umsetzen will. Weiters wurde in Frankreich die Entlassung erleichtert, die Entschädigungen gekürzt – alles mit Erlässen. Es wurden viele Punkte der **Ausnahmegesetzgebung nun in das reguläre Gesetz** übernommen.

Beschlagnahmung von Telefonen, Computern ist nun ohne Gerichtsbeschluss möglich. Die Linke ist zerschlagen. Die Gewerkschaften unterschreiben nun alles – und es gibt z.Zt. keine Zivilbewegung dagegen (zumindest an der Oberfläche).

C2: In den letzten 30-40 Jahren, wo die Sozialdemokratie irgendetwas organisiert hat – das

geht nun zu Ende. Es geht eben ein Zyklus zu Ende. Den Jüngeren sind die Referenzen schon abhanden gekommen. Mark usw., das wird von den Meisten nur als Konsumvariante gesehen. Aufbruch ist ebenfalls gescheitert – aber es gibt die Leute noch – Einzelgruppen. Aufgabe wäre es, eine verbindliche Form eines Netzwerks zu bilden, mit dem Ziel den Liberalismus zu überwinden; die kollektive Form in der Individualisten agieren können. Die Linke – inklusive KPÖ – ist gescheitert. Da kommt auch nichts mehr.

Unmittelbar notwendige Aktionen: Demo in Wien am 13.1. gefolgt von Nachbesprechung ca. 10 Tage nach der Demo in allen Bundesländern.

Die Nachbesprechung kann auch im Rahmen von bereits bestehenden Aktivitäten (etwa Steiermark_gemeinsam_jetzt in Graz; Wolfgang erkundigt sich) erfolgen, um Netzwerke enger zu knüpfen.

G: Durchführen eines gemeinsamen Seminars in einem halben Jahr (Christian / Georg?).

?: Anmerkung: Fr. Gries ist die einzige Person, die aufgrund ihrer Aussagen unter Druck gesetzt werden kann, Verfassungsänderungen im Parlament zu verhindern. Daher: Petitionen und Mails an Frau Gries.

Rechtsextreme unterscheiden sich von der ÖVP dadurch, dass die ÖVP radikal über die Leute darüberfahren kann, während die FPÖ ideologische Rücksichten nehmen muss und nur Privatisierungen im stationären Bereich (nationalen) unterstützen kann.

Als Vernetzungsanker kann auch <https://solidaritaetspakt.org/> genutzt werden.

Zur Zeit gibt es 3 Ebenen von Bewegungen: 1.) Bei Betriebsschließungen, 2.) Bei breiten Themen wie etwa bei der P25, 3.) wenn der ÖGB aufruft.

G: Allgemeine Differenzen bestehen begründet. So gibt es gegen das bedingungslose Grundeinkommen das begründete Argument, dass es ein neoliberales Konzept ist, das zumindest für eine Zeit die Gewinnchancen des Kapitals moralisch abstützt. Andererseits vertritt die KP immer noch antiquierte Konzepte und auch der Aufbruch war zentralistisch, was nicht dem aktuellen Gesellschaftsziel entspricht. Der Marxismus müsste aktualisiert werden.

C2: Von Aufbruch Salzburg werden Analysetexte zur politischen Lage in Österreich unter <http://www.aufbruch-salzburg.org/> bereitgestellt.